

## Fragen

für die Fragestunde der 21. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Dienstag, dem 9. Februar 2009

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 32	Kramme, Anette (SPD)	66, 67
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19	Krüger-Leißner, Angelika (SPD)	64, 65
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	38, 51	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	15, 58
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 33	Malczak, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28	Mast, Katja (SPD)	68
Gloser, Günter (SPD)	61, 62	Menzner, Dorothee (DIE LINKE.)	24, 25
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	29, 30	Möhring, Cornelia (DIE LINKE.)	3, 4
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	75
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	54, 55	Dr. Ott, Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	50, 77	Pau, Petra (DIE LINKE.)	5, 6
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	1, 2	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	71, 72
Juratovic, Josip (SPD)	73, 74	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34	Dr. Schmidt, Frithjof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79, 80
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	16, 17
Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	44, 63
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 78	Steffen, Sonja (SPD)	59, 60
Kolbe, Daniela (Leipzig) (SPD)	47, 48	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 76
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	26

---

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Wawzyniak, Halina (DIE LINKE.) . . . . .	45, 46	Wunderlich, Jörn (DIE LINKE.) . . . . .	7, 8
Weinberg, Harald (DIE LINKE.) . . . . .	10, 11	Ziegler, Dagmar (SPD) . . . . .	31
Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	12	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.) . . . . .	69, 70

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung .....	11
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes .....	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	20



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordnete  
**Ulla  
Jelpke**  
(DIE LINKE.)  
Sieht die Bundesregierung im Bundesprogramm „Förderung von Beratungsnetzwerken“ ein allgemeines Antiextremismusprogramm, obwohl hier explizit nur von Rechtsextremismus gesprochen wird, und soll dieses Programm im Sinne des so genannten Extremismusansatzes ausgebaut werden?
2. Abgeordnete  
**Ulla  
Jelpke**  
(DIE LINKE.)  
Hat die Bundesregierung gegenwärtig Anhaltspunkte dafür, dass Projekte, die über die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus gefördert werden, „extremistische Bestrebungen“ verfolgen, und wenn ja, um welche Projekte handelt es sich hierbei?
3. Abgeordnete  
**Cornelia  
Möhring**  
(DIE LINKE.)  
Welche beispielhaften Träger hat die Bundesregierung im Auge, die sie für eine Beteiligung an den Pilotprojekten gegen Linksextremismus und Islamismus gerne gewinnen würde?
4. Abgeordnete  
**Cornelia  
Möhring**  
(DIE LINKE.)  
Liegen der Bundesregierung belastbare Erkenntnisse für den Bedarf an Projekten gegen Linksextremismus vor, und wo ist dieser Bedarf bisher dokumentiert?
5. Abgeordnete  
**Petra  
Pau**  
(DIE LINKE.)  
Reicht nach Ansicht der Bundesregierung eine Pilotphase von weniger als einem Jahr aus, um auf dieser Grundlage einen Umbau der vorhandenen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus auch zur Bekämpfung des Linksextremismus und Islamismus vorzunehmen?
6. Abgeordnete  
**Petra  
Pau**  
(DIE LINKE.)  
Wer soll die geplanten Pilotprojekte im Bereich Linksextremismus und Islamismus wissenschaftlich begleiten, und wird es eine Evaluation zu dieser Arbeit geben?
7. Abgeordneter  
**Jörn  
Wunderlich**  
(DIE LINKE.)  
In welcher Form und bis wann sollen die angekündigten Pilotprojekte gegen Linksextremismus und Islamismus ausgeschrieben werden?

8. Abgeordneter  
**Jörn  
Wunderlich**  
(DIE LINKE.)
- Werden sich Vereine, Initiativen etc. für die angekündigten Pilotprojekte gegen Linksextremismus und Islamismus bewerben können, oder sollen vor allem staatliche Träger angesprochen werden?
9. Abgeordneter  
**Volker  
Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche fachlichen Kenntnisse auf dem Gebiet der Benachteiligungen (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage auf Bundestagsdrucksache 17/493, siehe Plenarprotokoll 17/18 Anlage 14) hatte die bisherige Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Martina Köppen (In einem Artikel mit dem Wirtschaftsmagazin brandeins wird sie zitiert: „Mit dem deutschen Diskriminierungsgesetz hatte ich mich bis dahin gar nicht befasst.“ – [www.brandeins.de](http://www.brandeins.de); gleiches geht auch aus zahlreichen Presseberichten hervor: [www.handelsblatt.com](http://www.handelsblatt.com); [www.fr-online.de](http://www.fr-online.de); [www.taz.de](http://www.taz.de)), und hat die neu ausgewählte – aber aufgrund des Beschlusses des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg nicht eingestellte – Leiterin Christine Lüders (aus der Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 9. November 2009 – [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de) – geht nicht hervor, dass Christine Lüders fachliche Kenntnisse auf dem Gebiet der Benachteiligung besitzt), und wie (Zeitpunkt, Person, Ausschreibung, Auswahlkriterien etc.) wird die Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes nun besetzt?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

10. Abgeordneter  
**Harald  
Weinberg**  
(DIE LINKE.)
- Was sind die Ergebnisse aus der ersten Stufe der DRG-Begleitforschung (DRG = Diagnosis Related Groups), welche die Bundesregierung in ihrer Antwort auf Frage 2d der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 16/13974) im September 2009 für das Ende des Jahres 2009 angekündigte, und falls die Ergebnisse noch nicht vorliegen, weshalb verzögert sich dies ein weiteres mal?
11. Abgeordneter  
**Harald  
Weinberg**  
(DIE LINKE.)
- Wann ist mit den Ergebnissen der zweiten Stufe der DRG-Begleitforschung zu rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung**

12. Abgeordnete  
**Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie kommt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in seiner Antwort auf meine Schriftliche Frage 61 auf Bundestagsdrucksache 17/494 zu der Erkenntnis, dass es keinerlei Hinweise auf mangelnde Objektivität der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers gebe, obwohl der Bundesrechnungshof festgestellt hat, dass Interessenkonflikte nicht ausgeschlossen werden können und dass sich außerdem verschiedene Stellen innerhalb der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gegenseitig zum wirtschaftlichen Vorteil beeinflussen, bevor die interne Prüfung abgeschlossen ist?
13. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung, damit bei den Vertragsverhandlungen der Deutschen Bahn AG mit dem von ihr „bevorzugten Bieter“ Siemens AG über die Herstellung und Lieferung von bis zu 300 neuen Zügen, das so genannte ICx-Projekt, neben der Qualität der Technik auch die Barrierefreiheit, d. h. unter anderem das Vorhandensein fahrzeuggebundener Einstiegshilfen, barrierefreier Toiletten und mehrerer Plätze für Rollstuhlfahrer und -fahrerinnen, ein zentrales Thema wird?
14. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Eisenbahnunternehmen haben Programme nach § 2 Absatz 3 der Eisenbahn-Bau- und -Betriebsordnung (EBO) zur Herstellung der Barrierefreiheit von Bahnanlagen und Fahrzeugen vorgelegt, und welche Eisenbahnunternehmen planen in nächster Zeit ein ebensolches vorzulegen?
15. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Löttsch**  
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass die Vertreter der Bundesregierung im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG ihren Kontrollpflichten unzureichend nachgekommen sind, wie der Bundesrechnungshof feststellt, und welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung aus dieser Einschätzung?

16. Abgeordnete  
**Silvia Schmidt (Eisleben)**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung den Grundsatz der Barrierefreiheit in Verkehr, Bau, Wohnungswesen und Kommunikation mit einer Gesetzesinitiative fördern, und wie soll insbesondere die umfassende Barrierefreiheit im Bereich der Liegenschaften und Züge der Deutschen Bahn AG gewährleistet werden?
17. Abgeordnete  
**Silvia Schmidt (Eisleben)**  
(SPD)
- Wie plant die Bundesregierung, den im demografischen Wandel steigenden Bedarf an barrierefreien Wohnungen zu decken, und wann wird das Förderprogramm der KfW Bankengruppe zur Zinsvergünstigung von altersgerechtem Wohnungsbau neu aufgelegt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

18. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Rechtssicherheit eines Genehmigungsverfahrens für die Ausrüstung eines der sechs Kraftwerksblöcke des Kraftwerkes Jänschwalde in Brandenburg mit einer CO<sub>2</sub>-Abscheidungsanlage durch das Unternehmen Vattenfall nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, obwohl es sich hierbei um eine ganz neue, bisher nicht erprobte Technologie handelt und noch keine gesetzliche Grundlage für die Schaffung von CO<sub>2</sub>-Lagerstätten beschlossen wurde, geschweige denn diese Lagerstätten gefunden und genehmigt sind?
19. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welchen Zeitpunkt hat die Bundesregierung für das Inkrafttreten eines CCS-Gesetzes (CCS = Carbon Dioxide Capture and Storage), welches Transport und Lagerung des in deutschen Kraftwerken abgetrennten CO<sub>2</sub> regelt und dabei alle Beeinträchtigungen, Risiken und Gefahren für Mensch und Umwelt langfristig auszuschließen in der Lage ist?
20. Abgeordneter  
**Dr. Hermann Ott**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise setzt die Bundesregierung die in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages gemachte Aussage der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Katherina Reiche um, innerhalb der EU für ein 30-prozentiges CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel zu werben, und wie war die

Positionierung Deutschlands in der EU in Bezug auf die unübliche Übermittlung eines konditionierten Reduktionsziels (20/30 Prozent) an das Klimasekretariat der Vereinten Nationen?

21. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass nach heutigem Kenntnisstand bei der Kernfusion radioaktive Abfälle anfallen werden (beispielsweise Anlagenteile, die durch die Kernfusion radioaktiv werden), und ist ihr der Kernfusionsbericht vom Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag bekannt (Bundestagsdrucksache 14/8959)?
22. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Zählt die Bundesregierung die Kernfusion zu den erneuerbaren Energien, und bedeutet dies, dass die von der Bundesregierung langfristig angestrebte vollständige Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien den Einsatz der Kernfusion implizit umfasst?
23. Abgeordneter  
**Hans-Josef  
Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Bis wann rechnet die Bundesregierung damit, dass in Deutschland Kernfusionskraftwerke einen relevanten Anteil an der Energieversorgung einnehmen, und auf welche Energieträger setzt die Bundesregierung bis dahin?\*)
24. Abgeordnete  
**Dorothee  
Menzner**  
(DIE LINKE.)
- Welche Anträge auf Beförderung von Mischoxid-(MOX)-Brennelementen, die sich auf Transporte ab dem 1. Januar 2010 beziehen, liegen der Bundesregierung vor?
25. Abgeordnete  
**Dorothee  
Menzner**  
(DIE LINKE.)
- Welche Genehmigungen für Anträge auf Beförderung von MOX-Brennelementen, die sich auf Transporte ab dem 1. Januar 2010 beziehen, wurden erteilt?
26. Abgeordnete  
**Kathrin  
Vogler**  
(DIE LINKE.)
- Kann der Transport von 1,6 Kilogramm Uranhexafluorid über Grenzen hinweg von Schweden nach Deutschland als illegal bezeichnet werden, und wenn ja, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um künftig solch illegale Transporte radioaktiven Materials zu verhindern?

\*) Siehe hierzu auch Frage 33.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung  
und Forschung**

27. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Informationen liegen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung über die Zahl der Studienplätze in Fächern mit lokalem Numerus clausus vor, die trotz der Studienplatzbörse unbesetzt geblieben sind?
28. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wann wird die Bundesregierung die Fakten über die Wirkung der Internetstudienplatzbörse im Wintersemester 2009/2010, die der Kultusministerkonferenz offensichtlich vorliegen, dem Deutschen Bundestag zur Verfügung stellen, und wie bewertet die Bundesregierung diese Fakten?
29. Abgeordnete  
**Nicole Gohlke**  
(DIE LINKE.) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Zulassungschao an den Hochschulen, wonach vier Wochen nach Semesterbeginn rund 18 000 Studienplätze unbesetzt blieben (vgl. dpa vom 3. Februar 2010)?
30. Abgeordnete  
**Nicole Gohlke**  
(DIE LINKE.) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie sich die Zahl der vier Wochen nach Semesterbeginn noch immer unbesetzten Studienplätze auf die einzelnen Bundesländer verteilt?
31. Abgeordnete  
**Dagmar Ziegler**  
(SPD) Ist die weitere Förderung des Programms AQUA mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds durch die Verabschiedung entsprechender Richtlinien geplant, und wenn dies nicht der Fall ist, werden Bundesmittel in ausreichendem Umfang zur Durchführung des Programms AQUA bereitgestellt?
32. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung angesichts der Unzufriedenheit der Muslime in Deutschland mit den in der Türkei ausgebildeten Imamen (Studie des Osnabrücker Religionswissenschaftlers Dr. Rauf Ceylan), um die Religionslehrer- und Imamausbildung an Universitäten in Deutschland auf den Weg zu bringen, und welchen Zeitplan gibt es?

33. Abgeordneter  
**Hans-Josef  
Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Millionen Euro hat die Bundesregierung bis heute kumuliert für die Erforschung der Kernfusion ausgegeben und wie viele Millionen Euro für die Photovoltaikforschung (Angaben möglichst inflationsbereinigt)?\*)

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

34. Abgeordneter  
**Uwe  
Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Veränderungen zum bisher vorgelegten Haushaltsentwurf plant die Bundesregierung in das parlamentarische Verfahren zum Haushalt 2010 einzubringen, um wie angekündigt ihre Zusage von 200 Mio. Euro für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Malaria und Tuberkulose einzuhalten?

#### **Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes**

35. Abgeordneter  
**Memet  
Kilic**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was versteht die Staatsministerin im Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Dr. Maria Böhmer unter einem „vereinfachten Verfahren“ zur Regelung des Optionszwangs im Staatsangehörigkeitsrecht, da sie die jetzige Regelung für zu komplex für die Jugendlichen hält, und zu wann soll diese „Vereinfachung“ in Kraft treten?

#### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes**

36. Abgeordnete  
**Viola von  
Cramon-Taubadel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Ablauf der EU-Koordinierung bei der Katastrophenhilfe für Haiti (entsprechend den Vorgaben des gemeinsamen europäischen Konsens von Rat, Mitgliedstaaten, Europaparlament und Kommission über die humanitäre Hilfe (2008/C25/01)), und wie verhält sie sich gegenüber dem belgischen Vorschlag, eine euro-

\*) Siehe hierzu auch Frage 23.

päische humanitäre Einsatztruppe zu schaffen (siehe Bericht aus Brüssel Nr. 01/2010 vom 25. Januar 2010, S. 13 bis 16)?

37. Abgeordnete  
**Viola von Cramon-Taubadel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern setzt sich die Bundesregierung vor dem Hintergrund der ukrainischen Präsidentschaftswahlen am 7. Februar 2010 dafür ein, dass die Ukraine eine klare Beitrittsperspektive zur Europäischen Union erhält?
38. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung, dass sie zu einem einheitlichen EU-Vorgehen gegenüber Honduras in dem Sinne aufrief, sich seitens der EU-Mitgliedstaaten auf Geschäftsträgerebene an der Regierungsübernahme durch Porfirio Lobo Sosa in Honduras am 27. Januar 2010 zu beteiligen, obwohl dieser nur dank massiver Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit, dank Einschüchterung und mindestens 24 politischer Morde seit dem Putsch an die Macht gekommen ist, und warum hat sie nicht versucht, Einheitlichkeit im Sinne einer Nichtteilnahme herzustellen?
39. Abgeordnete  
**Agnes Malczak**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie reagiert die Bundesregierung insbesondere hinsichtlich der laufenden Vorbereitungen härterer Sanktionen auf die Erklärung des iranischen Präsidenten, dass das iranische Uran im Ausland angereichert werden könne, und mit welchen Schritten beabsichtigt sie, die iranische Regierung darin zu bestärken, dass es der eigenen Sicherheit dient, einen sichtbaren Beitrag für eine atomwaffenfreie Welt zu leisten?
40. Abgeordnete  
**Agnes Malczak**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Anstrengungen hat die Bundesregierung seit Beginn der Legislaturperiode im Dialog mit der amerikanischen Regierung und anderen NATO-Partnern unternommen, damit die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigt, abgezogen werden?
41. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form und welchem Umfang finden Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, Inhalte der Menschenrechte und Genderaspekte in der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte durch deutsche Ausbilder Berücksichtigung?

42. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Inwieweit werden bei der Ausbildung kulturelle und soziologische Besonderheiten der afghanischen Gesellschaft berücksichtigt?
43. Abgeordneter  
**Tom Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Fördermaßnahmen plant die Bundesregierung im tertiären Bildungssektor in Afghanistan, und mit welchen gezielten Instrumenten plant sie, die Arbeit des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes im Hinblick auf Afghanistan zu unterstützen?\*)

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

44. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.) Inwiefern wird die Bundeszentrale für politische Bildung in ihrer Eigenschaft als Bundesanstalt im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und in Hinblick auf aktuelle behindertenpolitische Belange ihrer Aufgabe gerecht, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern (vgl. die §§ 1 und 2 des Erlasses über die Bundeszentrale für politische Bildung vom 24. Januar 2001), angesichts des in Artikel 8 der UN-Behindertenrechtskonvention formulierten Verpflichtung für die Vertragsstaaten, das gesellschaftliche Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen?
45. Abgeordnete  
**Halina Wawzyniak**  
(DIE LINKE.) Wie gedenkt die Bundesregierung im Falle des Inkrafttretens des Zugangerschwerungsgesetzes, die im Koalitionsvertrag beabsichtigte Aussetzung des Gesetzes für ein Jahr ohne zeitliche Verzögerung sicherzustellen?
46. Abgeordnete  
**Halina Wawzyniak**  
(DIE LINKE.) Wie viele Versuche hat das Bundeskriminalamt im Jahr 2009 auf eigene Initiative hin unternommen, im Ausland gehostete Websites mit rechtsextremistischen und volksverhetzenden Inhalten löschen zu lassen und wie viele auf Initiative der Staatsanwaltschaften?

\*) Siehe hierzu auch Frage 78.

47. Abgeordnete  
**Daniela  
Kolbe  
(Leipzig)  
(SPD)**
- Welche Form von Messgeräten in Bezug auf das physische Messverfahren, Frequenz, aktiv oder passiv, erwägt die Bundesregierung an Flughäfen als Nacktscanner/Bodyscanner einzusetzen?
48. Abgeordnete  
**Daniela  
Kolbe  
(Leipzig)  
(SPD)**
- Welche Kosten werden vermutlich pro Bodyscanner anfallen, d. h. für Anschaffung, Wartung, evtl. geschultes Personal, und bestehen bereits Verträge über Forschungsaufträge, Produktion und Abnahme dieser Geräte mit Unternehmen?
49. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**
- Inwieweit trifft die Ankündigung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Dr. Ole Schröder, auf dem Europäischen Polizeikongress am 2. Februar 2010 zu, wonach 80 zusätzliche deutsche Polizeiausbilder in den nächsten 3 Jahren 15 000 afghanische Polizisten ausbilden würden, zunehmend auch „in [der] Fläche“, allerdings „nur in befriedete[n] Gebiete[n] [...], nicht in Regionen, in denen Bürgerkrieg herrscht“, und wie viele dieser 15 000 afghanischen Polizisten will die Bundesregierung jeweils weiterhin in Kursen zwischen 6 Monaten bis 3 Jahren an der Polizeischule Kabul beschulen bzw. in den achtwöchigen Schnellkursen?\*)
50. Abgeordneter  
**Andrej  
Hunko  
(DIE LINKE.)**
- Mit welchem finanziellen, personellen und sonstigem Aufwand hat der Bund den 13. Europäischen Polizeikongress unterstützt?
51. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen  
(DIE LINKE.)**
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge trotz der Bitte bezüglich syrischer Staatsangehöriger, vorerst keine Ablehnungen von Asylanträgen als offensichtlich unbegründet auszusprechen und Entscheidungen über Folgeanträge vorläufig zurückzustellen bis eine aktualisierte Lagebewertung durch das Auswärtige Amt erfolgt ist, syrische Staatsangehörige wie zum Beispiel A. N. A. T., trotz Asylfolgeantrags noch vor erfolgter Aktualisierung der Lagebewertung in Syrien durch das Auswärtige Amt abzuschieben plant?

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 76.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

52. Abgeordneter  
**Dr. Gerhard Schick**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welchen Beitrag wird das Bundesministerium der Justiz für eine „ehrliche und schonungslose Analyse der Finanzkrise in Deutschland“ leisten (vgl. DER SPIEGEL, 1. Februar 2010, S. 71)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

53. Abgeordneter  
**Dr. Gerhard Schick**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung den vom HRE-Vorstand (HRE = Hypo Real Estate) vorgeschlagenen Weg der mit einer umfangreichen Auslagerung von Geschäftsteilen verbundenen Sanierung und anschließenden Privatisierung der HRE in Bezug auf die fiskalischen und marktlichen Wirkungen mit einer vollständigen Abwicklung der HRE verglichen bzw. ihre Überlegungen einem entsprechenden Vergleich anderer insbesondere unabhängiger Institutionen zugrunde gelegt?
54. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Hendricks**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Entscheidung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), sogenannte Leerverkäufe wieder zuzulassen?
55. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Hendricks**  
(SPD)
- Wie verhalten sich in dieser Hinsicht die übrigen 19 G20-Staaten?
56. Abgeordnete  
**Britta Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung den kommunalen Spitzenverbänden vorzuschlagen, um die Städte und Gemeinden in der Finanzkrise zu entlasten?

57. Abgeordnete  
**Britta  
Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Auswirkungen haben die geplante Ausweitung der Ausnahmen bei den gewerbsteuerlichen Hinzurechnungen für Finanzdienstleister und die geplante Änderung bei Funktionsverlagerungen im Außensteuergesetz auf die Steuereinnahmen der Kommunen?
58. Abgeordnete  
**Dr. Gesine  
Lötzsch**  
(DIE LINKE.) Wie viele Stellen wurden seit der letzten Bundestagswahl in den jeweiligen Bundesministerien neu geschaffen?
59. Abgeordnete  
**Sonja  
Steffen**  
(SPD) Wie sehen die ersten Ergebnisse der vom Bundesministerium der Finanzen eingerichteten Arbeitsgruppe zur Rückübertragung der zwischen 1945 und 1949 in Ostdeutschland enteigneten Grundstücke aus?
60. Abgeordnete  
**Sonja  
Steffen**  
(SPD) Wann ist mit einer Umsetzung der Ergebnisse zu rechnen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

61. Abgeordneter  
**Günter  
Gloser**  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie durch die 16 Bundesländer, die bis zum 31. Dezember 2009 abgeschlossen sein sollte, und inwieweit sind insbesondere in allen Ländern die so genannten One-Stopp-Ansprechstellen für ausländische Investoren tatsächlich eingerichtet und arbeitsfähig?
62. Abgeordneter  
**Günter  
Gloser**  
(SPD) Wie sieht die Bundesregierung in den jeweiligen Regelungen der Länder und des Bundes die Verpflichtung zur Gewährleistung eines hohen Maßes an sozialem Schutz gewährleistet, die in Erwägungsgrund 1 der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt gefordert wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales**

63. Abgeordneter  
**Dr. Ilja  
Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit begrüßt die Bundesregierung ebenso wie der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, das Gutachten von Prof. Dr. Eibe Riedel zur Wirkung der internationalen Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung und ihres Fakultativprotokolls auf das deutsche Schulsystem (siehe Pressemitteilung des Beauftragten vom 28. Januar 2010), nach dem behinderte Kinder und Jugendliche bereits jetzt ein Recht auf die Aufnahme in die Allgemeine Schule haben, ohne dass dem entgegengehalten werden könnte, es stünden nicht genügend finanzielle, organisatorische oder logistische Mittel zur Verfügung, und welche Konsequenzen hat dieses Gutachten für Bund und Länder in der Bildungspolitik?
64. Abgeordnete  
**Angelika  
Krüger-Leißner**  
(SPD)
- Plant die Bundesregierung, die Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) zu verpflichten, die Zusatzbeiträge der Krankenkassen selbst zu zahlen, und wenn ja, sieht sie damit das Existenzminimum der ALG-II-Bezieher unterschritten?
65. Abgeordnete  
**Angelika  
Krüger-Leißner**  
(SPD)
- Unter welchen Bedingungen könnten die Zusatzbeiträge durch den Bund übernommen werden, und plant die Bundesregierung, die Bezieher von ALG II – für den Fall, dass der Bund die Kosten übernimmt – zu verpflichten, die Krankenkasse zu wechseln?
66. Abgeordnete  
**Anette  
Kramme**  
(SPD)
- Warum verzichtet die Bundesregierung darauf, ähnlich wie im Vorjahr eine Überbrückungsregelung in die Arbeitslosengeld-II-/Sozialgeld-Verordnung zur Nichtanrechnung der aktuellen Kindergelderhöhung auf das Arbeitslosengeld II aufzunehmen, um Überzahlungen beim Arbeitslosengeld II und damit aufwändige Rückforderungen von den Arbeitssuchenden zu vermeiden, und beabsichtigt die Bundesregierung, bei ihrer Haltung zu bleiben, dass sie eine Überbrückungsregelung ablehnt?

67. Abgeordnete  
**Anette Kramme**  
(SPD)
- Wann rechnet die Bundesregierung mit einem Ergebnis der Kommission für den Mindestlohn im Pflegebereich, und sind nach ihrer Ansicht die Voraussetzungen für eine Ermächtigung der Mindestlohnverordnung durch das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales auch dann erfüllt, wenn kein einstimmiges Pflegekommissionsergebnis vorliegen sollte?
68. Abgeordnete  
**Katja Mast**  
(SPD)
- Welche politischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 9. Februar 2010 zu den Regelleistungen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende, insbesondere für Kinder?
69. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Erwägt die Bundesregierung, die geplanten Zuschüsse für die Bundesagentur für Arbeit bzw. Arbeitslosenversicherung von 16 Mrd. Euro zu kürzen, und wie viel Geld musste die Bundesagentur für Arbeit seit Einführung der Hartz-Reformen durch den Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbeitrag bisher abführen (bitte für die einzelnen Jahre aufführen)?
70. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Ist im Rahmen möglicher Planungen, die Zuschüsse für die Bundesagentur für Arbeit zu reduzieren, vorgesehen, im Gegenzug Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zu kürzen, und wird die Bundesregierung vor der Sommerpause 2010 einen Vorschlag zu der in ihrem Koalitionsvertrag in Aussicht gestellten Straffung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vorlegen?
71. Abgeordnete  
**Brigitte Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen plant die Bundesregierung trotz der im Schreiben von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, dem Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière und dem Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, an die Fraktionen der CDU/CSU und FDP vom 29. Oktober 2010 geäußerten erheblichen verfassungspolitischen Bedenken lediglich die einfachgesetzliche Entfristung der bestehenden zugelassenen kommunalen Träger im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und nimmt damit sehenden Auges das Risiko neuerlicher Klagen in Kauf?

72. Abgeordnete  
**Brigitte Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Vorschlägen und in welchem Zeitraum will die Bundesregierung nach der Forderung der Unions-Ministerpräsidenten Roland Koch, Horst Seehofer und anderer nach einer Verfassungsänderung zur Absicherung der gemeinsamen Arbeit von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen in den Arbeitsgemeinschaften des SGB II (Jobcenter) und für die Ausweitung der Möglichkeit, als kommunaler Träger zugelassen zu werden, entsprechen, um zeitnah eine Lösung im Sinne der Arbeitssuchenden mit ausreichenden Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat sicherzustellen?
73. Abgeordneter  
**Josip Juratovic**  
(SPD)
- Wie garantiert die Bundesregierung die Überwachung bestehender Mindestlöhne für Arbeitnehmer, deren Arbeitgeber ihren Firmensitz außerhalb Deutschlands haben und die folglich ihre Ansprüche nicht vor deutschen Gerichten geltend machen und hier vollstrecken lassen können, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um eventuell bestehende Defizite zu beseitigen?
74. Abgeordneter  
**Josip Juratovic**  
(SPD)
- In welchem Umfang wurden die Kontingente für Werkverträge zwischen polnischen Arbeitgebern und in Deutschland ansässigen Unternehmen für den Zugang polnischer Arbeitnehmer zum deutschen Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung der einzelnen Sektoren jährlich seit 1990 abgerufen, und welche Entwicklung erwartet die Bundesregierung diesbezüglich für das aktuelle Jahr?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

75. Abgeordneter  
**Friedrich Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung mit ihrer auf Intensivierung und Exportorientierung ausgerichteten Agrarpolitik, die sie einem jetzt veröffentlichten Papier aus dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zufolge auch über 2013 hinaus in der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik verankern will, gewährleisten, dass die europäische Landwirtschaft ihren Beitrag zur Reduktion von CO<sub>2</sub> und somit für die Erreichung der Klimaziele (Kopenhagen) und den Erhalt der Biodiversität leistet?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

76. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu (vgl. SPIEGEL ONLINE, 4. Januar 2010), dass die Spezialeinheiten der US-Armee bzw. -Geheimdienste in Afghanistan unter ISAF-Kommando agieren oder aber im Rahmen der Operation Enduring Freedom (wie bei der Geheimoperation ab 2. November 2009 in der eigentlich deutsch befehligten Region Kundus; vgl. SPIEGEL ONLINE, 8. November 2009), und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die bisher in den deutschen Zuständigkeitsbereichen in Afghanistan von solchen Spezialeinheiten durchgeführten Aktionen (bitte genau auflisten nach Datum, Herkunft der Einheiten, Unterstellungsverhältnis und Folgen des Einsatzes)?\*)
77. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Luftangriffe wurden im Rahmen des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan durch die Bundeswehr angefordert (www.zeit.de), und durch welche Führungsebene der Bundeswehr wurde die Entscheidung zu den Angriffsbefehlen jeweils getroffen?
78. Abgeordneter  
**Tom Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele deutsche Soldatinnen und Soldaten plant die Bundesregierung im Rahmen des neu vorzulegenden Mandats in Afghanistan jeweils für Ausbildung, Monitoring, Schutz und Führungsleistungen einzusetzen, und wie sollen die Soldatinnen und Soldaten der Quick Reaction Force auf ihre neuen Ausbildungsaufgaben vorbereitet werden?\*\*)
79. Abgeordneter  
**Dr. Frithjof Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu, dass die für den kommenden ISAF-Einsatz (ISAF = International Security Assistance Force) vorgesehenen Soldatinnen und Soldaten, z. B. der Quick Reaction Force, gemäß dem alten – von der Bundesregierung als eher offensiv beschriebenen – Einsatzkonzept ausgebildet worden sind, und inwieweit ist es aus Sicht der Bundesregierung verantwortbar, diese Soldatinnen und Soldaten in einen Einsatz zu entsenden, für den sie nicht ausgebildet sind und der erhebliche Risiken für Leib und Leben zur Folge hat?

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 49.

\*\*) Siehe hierzu auch Frage 43.

80. Abgeordneter  
**Dr. Frithjof  
Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit sind die Voraussetzungen für einen Afghanistanereinsatz der AWACS-Flugzeuge inzwischen weitgehend erfüllt, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass der Deutsche Bundestag in den nächsten Sitzungswochen – z. B. nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen – nicht erneut über eine Erhöhung des Bundeswehrrumfangs für den Afghanistanereinsatz – vermutlich in der Größenordnung von weiteren 300 Soldatinnen und Soldaten – entscheiden muss?





